



WK-Präsident Dr. Christoph Leitl

Es geht um die Zukunft unseres Landes!

Seit dem Jahr 2000 ist der 64-jährige Oberösterreicher Dr. Christoph Leitl Präsident der Wirtschaftskammer und gilt damit als einer der „Big Player“ der österreichischen Sozialpartnerschaft.

Foto: © WKÖ

Vor kurzem hat der promovierte Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler mit Aussagen wie „Österreich ist abgesandt“ oder Forderungen nach einer vorzeitigen Angleichung des Fraueneinkommensalters aufhorchen lassen. Wenige Wochen vor der Nationalratswahl sprach Josef Hilgartner mit dem WK-Präsidenten über seine Sorgen um den Standort Österreich und seine Forderungen an die nächste österreichische Bundesregierung.

Herr Dr. Leitl, Ihre Kritik am Wirtschaftsstandort Österreich ist durch alle Medien gegangen. Ist die Formulierung „das Land ist abgesandt“ angesichts der aktuellen Wirtschaftsdaten, der positiven Leistungsbilanz oder der niedrigsten Arbeitslosenrate bzw. dritt-niedrigsten Jugendarbeitslosigkeit in Europa nicht überzogen?

Christoph Leitl: Ich sehe diesen Sager als lauten Alarmruf, wie er etwa auch von Hannes Androsch immer wieder zu hören ist. Es geht schließlich schlicht und einfach um die Zukunft unseres Landes! Faktum ist: Österreich steht als Wirtschaftsstandort mit innovativen Unternehmen und engagierten Mitarbeitern gut da, fällt aber dennoch seit Jahren in internationalen Standortrankings zurück. Auch Institutionen wie der IWF mahnen Reformen und eine Entlastung des Faktors Arbeit ein. All dies sollte für die Verantwortlichen ein deutliches Warnsignal sein, jetzt so rasch wie möglich Maßnahmen zu setzen, damit wir nicht weiter abrutschen. Handlungsbedarf gibt es genug!

Stichwort: Verwaltung, Stichwort: Bildung, Stichwort: weitere drohende Belastungen für die Unternehmen! Wiederholt habe ich versucht, dies zu thematisieren, aber in Wahrheit im politischen Diskurs kaum Aufmerksamkeit gefunden. Mit dieser einen markanten Feststellung ist es mir gelungen, plötzlich eine Diskussion über die Zukunft unseres Landes in Gang zu setzen.

Stichwort: drohende Belastungen für Unternehmen. Sie fordern eine Senkung der Unternehmenssteuern. Welche positiven Effekte sollte dies für den Standort Österreich bringen?

Christoph Leitl: Verschiedene Belastungen für Betriebe, die jetzt im Wahlkampf „getrommelt“ werden, dürfen auf keinen Fall umgesetzt werden, etwa die geforderte Strafsteuer für Überstunden. Ich bin davon überzeugt, dass wir im Gegensatz dazu unsere Betriebe entlasten sollten, sodass sie Wachstum und Beschäftigung halten und ausbauen können. Dies würde dem Finanzministerium steuerliche Einnahmen bringen. Sehen Sie sich die Niederlande an: Hier wurde durch eine Senkung der Unternehmenssteuer der Wirtschaftsstandort deutlich attraktiver gemacht. Man kann Unternehmen entlasten, ohne negative



Dr. Christoph Leitl: „Um unseren Wohlstand halten zu können, heißt es ‚Ärmel aufkrempeln!‘“

Auswirkungen auf das Budget. Denken Sie an die hohen Lohnnebenkosten: Hier könnten wir schon jetzt - etwa bei der Unfallversicherung - die Beiträge senken.

Ihre Aussagen zum Thema einer allgemeinen Steuerreform klingen kontroversiell: Einerseits sprechen Sie von einer dringend notwendigen Entlastung, v.a. für den Mittelstand, andererseits

lehnen Sie eine baldige Steuerreform ab, unter dem Hinweis darauf, dass das Nulldefizit bis zum Jahr 2016 erreicht werden müsse. Wie ist dies zu bewerten?

Christoph Leitl: Es steht außer Frage, dass der Mittelstand dringend entlastet werden muss! Eine Steuerreform muss man sich aber auch leisten können, d.h., das Geld muss eingenommen werden, bevor es der Staat wieder ausgeben kann. Ich bekenne mich klar zum Budgetsanierungskurs. Wenn wir aber bis 2016, wie angepeilt, das Nulldefizit erreichen, dann bin ich für die rasche Umsetzung einer durchdachten Steuerreform.

Eine weitere wichtige Zukunftsfrage unseres Landes ist die Sicherung der Pensionen. Sie propagieren eine Reform mit Anreizmodellen. Könnten Sie uns die Kernpunkte erläutern?

Christoph Leitl: Zum ersten geht es mir darum, Anreize zu schaffen, damit Mitarbeiter länger im Arbeitsleben bleiben. Nach unserem Modell erhalten Versicherte, die trotz Rechtsanspruch auf eine Pension weiterarbeiten, 25 Prozent ihrer fiktiv errechneten Pension zusätzlich zum regulären Einkommen. Weitere 25 Prozent würde der Betrieb erhalten und 50 Prozent im Pensionssystem bleiben. Daraus würde eine Win-Win-Situation für alle resultieren und zusätzlich könnte man damit auch dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Schon jetzt bereitet der Engpass bei den Fachkräften jedem zweiten Unternehmen Sorgen. Natürlich müssen wir alles daran setzen, den Jungen durch bestmögliche Qualifikation alle Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen. Unser System der dualen Ausbildung gilt in Europa als Erfolgsmodell, das maßgeblich dazu beiträgt, dass die Jugendarbeitslosigkeit in Österreich vergleichsweise niedrig ausfällt. Andererseits aber gehen unseren Betrieben durch frühzeitige Pensionierungen zu viele erfahre-



WK-Präsident Leitl: „Bildung ist der Schlüssel zu Beschäftigung und Wachstum.“

ne und wertvolle Fachkräfte verloren, die wir dringend brauchen. Ein zweiter Punkt betrifft die Anhebung des Frauen-Pensionsalters: Weniger Beitragsjahre bedeuten niedrigere Pensionen. Daher fallen die Pensionen der Frauen im Schnitt deutlich niedriger aus als die Ruhebezüge der Männer. Wenn man Frauen also weiter mit 60 in die Pension schickt, wird dieser Zustand prolongiert. Ich fordere jedoch keine gesetzliche Vorverlegung der Anhebung des Frauenpensionsalters, sondern auch in dieser Hinsicht freiwillige Anreize. Wenn wir in Österreich das faktische Pensionsalter von durchschnittlich 58 auf 62 Jahre anheben, erhält dies nicht nur in den Betrieben wertvolles Know-how, sondern entlastet auch den Staatshaushalt um rund 5 Milliarden Euro.

Nicht nur jetzt vor den NR-Wahlen wird über das Thema „Bildung“ heftig diskutiert, man denke etwa nur an die vielzitierte PISA-Studie, an Leistungs-Standards oder das Lehrerdienstrecht. Ihre Positionen dazu?

Christoph Leitl: Bildung ist der Schlüssel zu Beschäftigung und Wachstum, denn unser Wirtschaftsstandort kann nur mit den besten Köpfen punkten. Jeder Mensch hat besondere Talente,

die wir fördern müssen. Deshalb wird ein Bündel an Maßnahmen benötigt. Das beginnt mit gezielter Frühförderung schon im Vorschulalter und setzt sich mit einer notwendigen Aufwer-



Christoph Leitl: „Es geht darum, Anreize zu schaffen, damit Mitarbeiter länger im Arbeitsprozess bleiben.“

tung der Lehre, einem durchlässigeren Bildungssystem, aber auch gezielten Maßnahmen für lebenslanges Lernen fort. Außerdem müssen wir dringend daran arbeiten, Familie und Beruf vereinbar zu machen. In Sachen Lehrer-

dienstrecht möchte ich festhalten, dass mir die Debatte zu einseitig geführt wird. Zuerst müssen wir wissen, wie wir die Kinder bestmöglich fördern. Dann muss die richtige Organisationsform für den Unterricht gefunden werden und erst dann ist auch das Lehrerdienstrecht anzupassen. Die Sozialpartner haben ein gemeinsames Bildungspapier vorgelegt, die Politik muss es nur aufgreifen. Der Bereich Bildung ist viel zu wichtig, um sich in Ideologien zu verzetteln!

In Kürze stehen in unserem Land Nationalratswahlen an und die Karten könnten völlig neu gemischt werden. Wie lauten Ihre Forderungen an die neue Regierung?

Christoph Leitl: Wir müssen endlich den Reformstau aufarbeiten. Hier bin ich mit Hannes Androsch und vielen Wirtschaftsexperten einer Meinung. In den Bereichen Verwaltung, Pensionen und Bildung sehe ich großen Handlungsbedarf. Sicher haben wir viel erreicht und können stolz sein auf unser Land und vor allem auf unsere Betriebe und unsere Beschäftigten. Aber um unseren Wohlstand halten zu können, heißt es „Ärmel aufkrepeln“. Nur so können wir die Zukunft unseres Landes sichern!

Danke für das Gespräch!